

Für eine Videokonferenz ist eine große Leinwand im Atrium notwendig. Wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt sind, soll der Versuch einer Videokonferenz/Hybrid-Sitzung wieder unternommen werden.

Durch technische Probleme war es nicht möglich, die Präsentationen in Mandatos hochzuladen.

Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung wurde durch Herrn Schneider festgestellt

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung gilt als beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.06.2020

Das Protokoll der Sitzung vom 03.06.2020 gilt als beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Projektvorstellung I.N.A Lieberoser Heide, VA: I.N.A. Lieberoser Heide GmbH, Lieberose

Herr Schneider begrüßte Herrn Joachim Fassmann.

Herr Fassmann ist der Geschäftsführer der I.N.A. (Internationale Natur Ausstellung) Lieberoser Heide GmbH.

Er stellte das Landesmodellprojekt Lieberoser Heide vor.

Eine Tischvorlage lag den anwesenden Teilnehmern vor.

Sinn und Zweck des Projektes ist es, die Lieberoser Heide auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz nutzbar zu machen im Einklang mit der Region, der Wildnis und dem Naturschutz.

Im Zusammenhang mit dem Strukturwandel Lausitz soll ein Mehrwert für die Region geschaffen und das Gelände nutzbar gemacht werden für die Bürger und den Tourismus.

Es ist vorgesehen, die Lieberoser Heide zu Fuß oder per Fahrrad zu erkunden.

Darum ist es nötig, ein Wegesystem überregional zu erschließen.

Die Arbeitsgemeinschaft Wege beschäftigt sich mit der Erschließung der verschiedensten Radwege der Region. Ein Radweg ist z.B. der Heideradweg.

Da die Radwege überregional verbunden sind, ist es notwendig, den Landkreis Oder-Spree bei dem Projekt einzubinden. Start des Projektes war 2019, im Frühjahr 2021 ist die Fertigstellung der Bauausführung avisiert.

Da es der I.N.A nicht möglich ist, das Projekt selbst zu stemmen, ist vorgesehen, die Zivilgesellschaft und die Regionalbevölkerung mit einzubinden. Aus diesem Grund wurde das „Regionalforum“ auf die Beine gestellt und über Amtsblätter und lokale Zeitschriften die Bevölkerung über den Stand des Projektes informiert.

Anfang dieses Jahres wurde das Format in eine Art Workshop umgestaltet.

Ein weiterer Bestandteil des Projektes ist ein Projektantrag mit dem Titel „Wildnis wagen“ beim Bundesamt für Naturschutz. Die Laufzeit beträgt ca. 5-6 Jahre und vereint Naturschutzprojekte und regionalentwicklerische Projekte.

Die Zusammenarbeit mit angrenzenden Kommunen und Ämtern wird damit auf den Weg gebracht, d.h. z.B. dass zukünftig internationale Konferenzen und Regionalabende in Zusammenhang gebracht und Internationalität, Naturschutz und die Ausstellung damit verbunden werden.

Im Moment wird u. A. an einer Corporate Identity und der Neugestaltung der Website gearbeitet.

Es gibt z.Z. über 140 Projektideen, die noch umgesetzt werden könnten, z.B. Projekte wie ein Pfadfindercamp oder Arten- und Naturschutzprojekte sowie Kultur- und Kunstprojekte.

Herr Gehm informiert, dass der LK Oder-Spree sich an dem Projekt beteiligen möchte und hat Kontakte aufgebaut zu den Landkreisen Dahme Spreewald und Spree-Neiße.

Herr Gehm hatte Frau Heike Zettwitz, 1. Beigeordnete vom Landkreis Dahme Spreewald eingeladen.

Da der Heideradweg durch unseren Landkreis bis zum Ort Friedland (Weichensdorf) führt, hat sich der Landkreis Oder-Spree bereit erklärt, den Streckenabschnitt zu betreuen und für den Grunderwerb zu sorgen.

Es könnte auch eine Verbindung zum Naturpark Schlaubetal bis zum Schwielochsee entstehen. Es ist angedacht, die Zusammenarbeit zu intensivieren und eine formalere Form der Zusammenarbeit aufzubauen, dazu bedürfte es eines Beschlusses.

Herr Rademacher begrüßte die Zusammenarbeit mit den anderen Landkreisen.

Er äußert als Feuerwehrmann Bedenken, was die Sicherheit angeht, vor allem wegen der munitionsbelasteten Flächen in dem Gebiet.

Weiterhin gibt er zu bedenken, dass der geplante Aussichtsturm nicht für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gedacht ist, dies müsste noch berücksichtigt werden.

Herr Rademacher fragt nach, ob es Fahrräder zum Ausleihen geben wird.

Frau Kaethner interessierte sich für die Militärgeschichte des Gebietes und möchte, dass die Aufbewahrung der Geschichte (Besatzungszone) berücksichtigt wird.

Sie wünscht sich, dass der Landkreis zum Thema Lichtverschmutzung konkrete Punkte erarbeitet und Partner findet zum Nachhaltigkeitskonzept.

Herr Mangelsdorf begrüßte das landkreisübergreifende Projekt.

Er wünscht sich eine Agenda, in der die Schnittpunkte dargestellt werden, wo sich der Landkreis noch einbringen könnte.

Frau Zettwitz informierte über den Bau des Aussichtsturms.

Die Ausschreibungen werden z.Z. vorbereitet. Es ist angedacht, eine Barrierefreiheit bis zur ersten Stufe zu schaffen.

Herr Fassmann griff nochmal das Thema Munitionsbelastung auf.

Er informierte, dass das Gebiet zum größten Teil von Munitionsresten geräumt ist.

Es ist angedacht, durch gezielte Besucherlenkung über Wanderwege/Radwege die Besucher zu führen.

Er informierte, dass sich auf dem Gelände eine der größten Wüsten Deutschlands befindet.

Das Gebäude des Bahnhofs Jamlitz könnte als Fahrradausleihstation genutzt werden.

Die Militärhistorie wird aufbereitet durch Andreas Weigelt, Aufarbeitung der Geschichte ist ebenso Ziel des Projektes.

Herr Wende begrüßte die Beteiligung des LK Oder-Spree an dem Projekt. Möchte, dass die Schnittstellen der Zusammenarbeit definiert werden und sich die Fachausschüsse kreisübergreifend daran beteiligen.

Er brachte den Gedanken ein, dass der LK Oder-Spree sich als Friedensregion in der Grenzregion positioniert hat und möchte das Thema mit einfließen lassen.

Herr Wende möchte wissen, wer die Natur- und Umweltbildung realisiert.

Da Herr Wende den Jugendhilfeausschuss des LK leitet, bietet er sich an, die umweltbildungspädagogischen Projekte bei der Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche vorzustellen.

Frau Grabs unterstützt die Idee der Fahrradausleihstation. Sie möchte, dass der Turmfalkenschutz berücksichtigt wird.

Herr Dr. Mernitz gab zu bedenken, dass die Heide bewirtschaftet werden muss.

In den 90er Jahren gab es schon einmal Projekte, die auf Grund von finanziellen Aspekten und der Munitionslagerung wieder geschlossen wurden.

Herr Kaufmann wollte wissen, wie hoch der Anteil des LK Oder-Spree flächenmäßig ist.

Er gab zu bedenken, dass die Straße von Wirchensee nach Reicherskreuz in diesem Zusammenhang ausgebaut werden muss.

Herr Schneider bedankte sich bei Frau Zettwitz und Herr Fassmann.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen

Herr Gehm informierte über den Tag des offenen Denkmals am 13.09.2020.

Ausgesucht wurde dieses Jahr die Burg Friedland. Sie wurde ausgewählt, da eine Instandsetzungsmaßnahme an der Außenmauer umgesetzt werden konnte.

Am 10.09.2020 findet die Hauptausschusssitzung in Grünheide statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Bebauungspläne und das übergreifende Verkehrskonzept. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Voranmeldung erforderlich.

Am 23. und 24.09.2020 findet der Erörterungstermin des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens Tesla statt. Der Landkreis ist mit den unteren Landesbehörden dabei. Es sind inzwischen über 400 Einwendungen eingegangen. Diese werden verarbeitet und erörtert. Äußerungsberechtigt sind nur die Personen, die Einwendungen eingereicht haben.

Frau Kaethner ergänzte zu dem Termin am 10.09.2020, dass nur 50 Personen zugelassen sind.

Sie informierte, dass es eine Klage über die Validität der PCR-Tests gibt über das Produkthaftungsrecht vor einem amerikanischen Gericht.

Sie wollte wissen, warum es im Landkreis Oder-Spree zum Thema Corona weiterhin großartige Gesundheitsamtsbeschaffungsmaßnahmen gibt.

Herr Gehm informierte, dass er für Fragen aus dem Gesundheitsbereich nicht zuständig ist. Frau Kaethner kann ihre Fragen gern schriftlich beim Gesundheitsamt einreichen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Informationen zur Afrikanischen Schweinepest BE: Dezernat VI/ Amt 39

Frau Teltewskaja informierte, dass letzte Woche ein Arbeitstreffen in Polen stattfand, mit Vertretern des LK MOL, der Stadt Frankfurt (Oder) und LK Oder-Spree, jeweils die Beigeordneten und Amtstierärzte, im Rahmen ASP in der Euroregion Prävention und Handlungsmaßnahmen.

Die polnischen Vertreter stellten dabei vor, was sie seit dem 14.11.2019 (erster ASP-Fall) unternommen haben. Mittlerweile sind in Polen 7.000 km² von der Schweinepest betroffen und 16.000 km² wurden durchsucht nach Fallwild. In Westpolen sind 8 Hausschweinbestände mit über 40.000 Schweinen betroffen, die auch getötet werden mussten.

In Polen hat man versucht, die Zonen durch doppelte Einzäunungen einzugrenzen auf Landesstraßen, Bundesstraßen, Autobahnen, Schienensträngen.

Frau Teltewskaja informierte, dass sie ganz aktuell mit dem heutigen Tage erfahren hat, dass ein ASP-Fall im LK Spree-Neiße gefunden wurde.

Es wird eine Krisensitzung einberufen. Die erste Maßnahme wird sein, die Fundorte abzugrenzen.

Herr Mangelsdorf fragte nach, ob es sich bei dem ersten Fund um ein Hausschwein handelt. Es handelte sich um ein Wildschwein.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Tesla - Umfeldentwicklung BE: Dezernat V

Die Präsentation wurde als Tischvorlage übergeben.

Entsprechende Erläuterungen gab Frau Teltewskaja.

Herr Rademacher äußerte Bedenken, dass trotz einer engeren Taktung einzelne Züge übervoll sind und eine Bereitstellung von mehr Wagen aufgrund kurzer Bahnsteige nicht möglich ist und fragte nach möglichen Lösungsgedanken.

Frau Kaethner begrüßte die Aussage, Wasserschutzgebiete der Zone 2 und 3 nicht zu bebauen.

Im Bereich Freienbrink werden jedoch Gebiete der Zone 2 und 3 bebaut. Frau Kathner verwies auf einen Beitrag eines Vertreters der DKP hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen. In einer Pressemitteilung der ÖDP (Ökologisch Demokratische Partei) wurde mitgeteilt, dass Herr Woidke, Ministerpräsident Brandenburg, das Klagerecht für Umweltverbände in Frage stellt mit der Begründung, dass es Klagen gegen das Tesla-Vorhaben geben könnte. Es liegen verschiedene Klagen und Einsprüche vor.

Frau Teltewskaja antwortete zur Problematik der Zuganbindung. Von Landesseite wird davon ausgegangen, dass die Masse an Arbeitskräften aus Berlin kommen wird. Die Taktung der Züge soll erweitert werden, die Verlängerung der Bahnsteige ist geplant, so dass sicher 2025 eine Verbesserung eintreten wird. Es wird jedoch Schwierigkeiten im öffentlichen Personennahverkehr geben. In der 38. KW gibt es eine Beratung zum Programm I2030 (Mehr Schiene für Berlin und Brandenburg – Ausbau der Schieneninfrastruktur der kommenden Jahre). Kritisch bemerkt Frau Teltewskaja dazu, dass die Entwicklungsachsen in fast alle Himmelsrichtungen verstärkt werden. In Richtung Osten, -Region des LOS gibt nur einen schmalen Entwicklungsstrahl, den RE 1. Hier besteht Handlungsbedarf des Landes zur Verbesserung der Situation. Positiv bewertet Frau Teltewskaja die Schaffung von mehr Halten, was eine Entzerrung bringen kann.

Zum Thema Trinkwasserschutzgebiet lobte Frau Teltewskaja die Einstellung der Bürgermeister, Vorhaben in ihren Kommunen nicht durchzudrücken.

Im Landkreis wird versucht, mit den Umweltverbänden zusammenzuarbeiten. Es gibt neben den Arbeitsgemeinschaften einen naturräumlichen-ökologischen Beirat (NÖB), in dem die Naturschützer der einzelnen Regionen eingebunden werden, wo auch Konzeptionen und Strategien entwickelt werden.

Zur Aussage von Herrn Woidke konnte sich Frau Teltewskaja nicht äußern.

Herr Kahlisch fragte nach, warum die erweiterte Taktung des RE 1 nur bis Frankfurt (Oder) und nicht bis Eisenhüttenstadt erfolgt?

Herr Wende fragte nach, wie im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzeptes die kommunalen Gremien, auch die Ausschüsse des Kreistages mit einbezogen werden, erfolgt dies bereits in der Erarbeitungsphase oder erst nach Erstellung des Konzeptes? Dies könnte dann ein ständiger Tagesordnungspunkt dieses Ausschusses werden. Eine weitere Anfrage betraf den ÖPNV des Landkreises – wie bereitet er sich auf die höheren Anforderungen vor, zum Beispiel die Bereitstellung von Sprintbussen für bestimmte Strecken, Angebot der Stellung von Werksbussen. In diesem Zusammenhang könnte auch eine Rekommunalisierung des Busverkehrs über ein Landesgesetz vorgenommen werden, es könnte eine gemeinsame Busverkehrsgesellschaft mit MOL angestrebt werden. Der Bedarf besteht in der Folgezeit nicht nur im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung, sondern auch mit dem Betrieb des BER.

Herr Mangelsdorf merkte an, dass nicht nur der engere Verflechtungsraum gesehen werden darf. Im weiteren Raum sind die Landesstraßen in einem sehr schlechten Zustand, auch diese werden genutzt von den möglichen Beschäftigten.

Frau Teltewskaja antwortete auf die verschiedenen Anfragen.

Die Anbindung von Eisenhüttenstadt wurde und wird auch weiterhin regelmäßig angesprochen. In der weiteren Entwicklung gibt es sicher noch mehr Argumente für eine engere Taktung. Das regionale Konzept musste sehr kurzfristig erstellt werden, es wurde auch damit in kommunale Planungsrechte eingegriffen und darüber hinaus gibt es noch verschiedene Unsicherheiten. Wichtig war die schnelle Erfassung von Wohnbauflächenpotenzialen, Gewerberaumflächenpotenzialen und Straßenbedarfen als Handlungsaufforderung an das Land Brandenburg. Das Konzept wurde mittlerweile in den Gremien der verschiedenen Kommunen beraten und wird laufend aktualisiert.

Der BOS und der VBB wurden einbezogen. Zurzeit wird der neue Nahverkehrsplan erarbeitet. Seit dem 07.09.2020 ist der Mobilitätsbeauftragte des Landkreises tätig, damit erfolgt eine verstärkte Arbeit am Mobilitäts- und Nahverkehrskonzept auch unter Einbeziehung des BOS. Es wurde ein Projekt zu linienunabhängigen Rufbussen im Bereich Storkow entwickelt, Ende September erfolgt die Entscheidung zur Ausführung. Hierzu wurde auch der BOS zur Beteiligung aufgefordert. Es gibt aber auch noch andere mögliche Partner. Dieses Projekt ist so angelegt, dass die Übertragbarkeit in andere Regionen des Landkreises gewährleistet ist.

Es gibt jährliche Gespräche mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen, Bedarfe des Landkreises werden angemeldet und in unterschiedlicher/meist unzureichender Weise vom Landesbetrieb abgearbeitet. Parallel dazu laufen die Bemühungen des Landes zur Herabstufung von Landesstraßen.

Vom SG Kreisliche Infrastruktur wurde ein Konzept erstellt, welches eine Gegenüberstellung der Vorhaben des Landesbetriebes zu den Erfordernissen des Landkreises enthält. Hier muss dann ein Kompromiss gefunden werden.

Frau Meyer stellte zur Behauptung des Ministerpräsidenten zum Klagerecht der Umweltverbände klar, dass es sich um das Verbandsklagerecht handelte, nach dem einer Allgemeinheit von naturschutzrechtlichen Fragen Betroffener ein Klagerecht eingeräumt wird.

Es sollte darüber nachgedacht werden, wenn damit Missbrauch getrieben wird.

Frau Kaethner hatte nur eine Pressemitteilung zitiert.

Herr Kaufmann informierte, dass über die Handwerkskammer mitgeteilt wurde, dass in Polen Rekrutierungsbüros für mögliche Mitarbeiter bei Tesla eingerichtet werden sollen. Eine weitere Vielzahl von Beschäftigten wird aus Berlin stammen, wobei von dort keine größeren Aktivitäten zur Gewährleistung von Infrastruktur usw. zu ersehen sind. Der Landkreis und das Land sind aktiv.

Hier wäre doch auch der Bund gefragt und in der Pflicht, Aufgaben zu übernehmen.

Dazu antwortete Frau Teltewskaja. Die Anstrengungen des Landkreises bleiben bestehen.

Unabhängig davon sind die Verantwortungsbereiche des Bundes im Konzept zur Entwicklung der Tesla Region „grow together“ aufgeführt und werden immer wieder eingefordert.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Aktuelle Situation der Zulassungsstelle VA: Dzernat IV/ Amt 36

Herr Gehm erläuterte die aktuelle Situation.

Eine Tischvorlage lag den Teilnehmern vor.

Am 13.03.2020 tagte der erste Krisenstab auf Grund der Corona-Maßnahmen.

Die Zulassungsstelle wurde sofort als Hotspot eingestuft, weil täglich hunderte Menschen die Zulassungsstelle besuchten.

Anfangs kam es zu tumultartigen Zuständen im Amt für Straßenverkehr und Ordnung, auch durch die Schließung anderer Zulassungsstellen.

Das bisherige System („kommen Sie vorbei“) konnte daher nicht weitergeführt werden.

Zu diesem Zeitpunkt konnten erst einmal nur systemrelevante Zulassungsvorgänge bearbeitet und Abmeldungen von Fahrzeugen durchgeführt werden, da man sich an die Eindämmungsverordnung halten musste.

Es musste unterschieden werden zwischen dringenden und nicht dringenden Fällen.

Händler und Zulassungsdienste durften bis zu 10 Vorgänge am Tag abgeben, die zeitnah abgearbeitet wurden. Dies wurde dann erhöht auf 13 Vorgänge und 5 Abmeldungen.

Seit dem 14.04.2020 wurde die Eindämmungsverordnung geändert, sodass wieder Vorgänge ohne Dringlichkeit bearbeitet werden konnten.

Den Bürgern wurde mitgeteilt, dass sie die Zulassungsstelle künftig nur noch mit Terminen besuchen dürfen. Diese werden über das neu eingerichtete Online-Terminvergabeportal und über Telefonauskünfte vergeben. Seit August ist es dazu nötig, den zukünftigen Halter anzugeben. Seit dem 01.09.2020 werden zusätzlich Termine für Mittwochnachmittag vergeben.

Ein neu aufgetretenes Problem ist, dass 25% der Termine nicht eingehalten und nicht abgesagt werden.

Die Möglichkeit Fahrzeuge über iKFZ an- und abzumelden, wird noch nicht so stark genutzt.

Es wurden bis jetzt ca. 60 Vorgänge registriert. Die Vorgänge scheiterten hauptsächlich an der Bezahlungsmethode.

Händler und Zulassungsdienste dürfen jetzt täglich in der Zeit zwischen 8:30 und 9:30 Uhr eine unbegrenzte Anzahl an Vorgängen abgeben. Die Bearbeitungszeit liegt im Moment bei ca. 7 Werktagen bis zur Abholung. Die Zahl der Zulassungsdienste hat sich verdoppelt.

Es werden zum Teil bis zu 70 Vorgänge pro Tag von den Zulassungsdiensten eingereicht. Die Zahl der Abmeldungen hat sich um ein Vielfaches erhöht durch die dazu kommenden Abmeldungen aus Berlin.

Am 07. und 08.09.2020 kam es zu einem Technikausfall durch Umstellung der Firewall.

Die derzeitigen Konflikte ergeben sich aus den langen Wartezeiten.

Die Wunschkennzeichenreservierung musste auf iKFZ umgestellt werden, dies erschwerte die Bearbeitung für die Händler und Zulassungsdienste, weil die Kennzeichen im Vorfeld nicht gedruckt werden konnten.

Es steht nur eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitern zur Verfügung.

Die Einarbeitung neuer Mitarbeiter dauert ca. 3 Monate.

Um den Problemen entgegenzuwirken, wurden diverse Maßnahmen getroffen.

Im Juni wurde intern Personal zugeführt, es werden z. Z. 2 Auszubildende angelernt.

Es wurden 2 zusätzliche Stellen im Stellenplan geschaffen, diese Stellen wurden ausgeschrieben, mit 4 Mitarbeitern besetzt, 2 davon (vorgezogene Altersbesetzung „Sternchenbesetzung“), werden sukzessive zugeführt.

Die telefonische Erreichbarkeit wird durch ein Hotline-System geändert. Es ist jetzt möglich, dass mehrere Mitarbeiter Zugriff auf die Online-Terminvergabe haben. Zusätzlich wurde ein Anrufbeantworter eingerichtet.

Auf Grund der langen Liegezeiten müssen die Personalausweise jetzt nicht mehr im Original vorgelegt werden, es reicht eine Kopie.

Durch eine Org-Untersuchung wird versucht, die internen Prozesse zu optimieren.

Herr Schneider fragte nach den Zielvorgaben der Wartezeiten.

Das System, wie es vorher war, wird es nicht mehr geben, weil die Steuerung der Menschen im Wartebereich nicht möglich ist.

Es wird versucht, eine Abarbeitung innerhalb einer Woche zum Wunschtermin anzupfeilen.

Für die Händler/Zulassungsdienste wäre eine tagesaktuelle Abarbeitung vorstellbar.

Wunsch ist es, dies bis zum Ende des Jahres durchzusetzen.

Herr Aulich beschwerte sich über seine Abarbeitung der Vorgänge.

Herr Kaufmann erzählte kurz über den Besuch der Abgeordneten in der Zulassungsstelle.

Er beschwerte sich, dass die Abgeordneten nicht empfangen wurden.

Herr Gehm teilte mit, dass dies nicht geplant war, um den laufenden Publikumsverkehr nicht zu stören.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 9 Festsetzung des Wasserschutzgebietes Wellnitz BE: Dezernat IV/
Amt 67
Vorlage: 012/2020**

Herr Gehm erläuterte den Beschlussvorschlag.

Hinweise aus den Vor-Ort-Terminen und im Rahmen der Beteiligungen wurden bei der Erarbeitung des Beschlussvorschlages beachtet.

Herr Kaufmann fragte nach, ob die Erdölprobebohrstellen ordnungsgemäß verschlossen sind und eventuell zu späteren Zeitpunkten Probleme bereiten könnten?

Herr Carouge, SGL untere Wasserbehörde, antwortete dazu. Die Bohrungen sind abgestimmt mit dem LBGR (Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg), das LBGR hat eine entsprechende Stellungnahme zum Wasserschutzgebiet abgegeben, es gibt dort keine Probleme.

Frau Kaethner verwies auf die Rechtspflicht der Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und fragte nach, welche Regelungen es für die Betankung durch Tankwagen in den Zonen 2 und 3 gibt.

Herr Gehm schlussfolgerte, dass diese Nachfrage die TESLA-Baustelle betrifft. Es gibt dort eindeutige Regelungen. Bei Verstößen ohne eine Befreiung wird ein entsprechendes Ordnungswidrigkeitsverfahren des Landkreises durchgeführt. Bei entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen ist die Genehmigung einer Betankung möglich.

Herr Kahlisch fragte nach, ob nach § 3 Pkt. 4 Erdbecken zur Lagerung von Gülle vollständig verboten sind oder nach Pkt. 5 Zulassungen möglich sind und inwieweit dazu das Landwirtschaftsamt einbezogen wurde?

Herr Gehm bestätigte, dass das Landwirtschaftsamt mit angehört wurden. Es gibt in der Region keine derartige Anlage.

Herr Carouge erläuterte, dass die Errichtung von Erdbecken nicht mehr Stand der Technik sei und nicht mehr zugelassen wird. Seit 2017 gibt es dazu entsprechende AwSV-Vorschriften (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen), wonach Erdbecken nicht mehr zulässig sind, da die Dichtigkeit nicht eindeutig nachgewiesen werden kann.

Des Weiteren erläuterte er noch einmal, dass die Zone 2 eine engere Schutzzone ist, ca. 100 m von der Wasserfassung.

Herr Kaufmann erläuterte, dass in der Region mit mobilen Containern gearbeitet wird.

einstimmig zugestimmt

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 10 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6714, Abschnitt 010, OD Reudnitz.BE: Dezernat III/Amt 65 - SG KIS
Vorlage: 047/2020**

Herr Fuls erläuterte den Beschlussvorschlag.

Frau Grabs fragte nach den vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Fuls antwortete, konkrete Maßnahmen können zum derzeitigen Planungsstand noch nicht benannt werden. Es wird versucht, die Ausgleichsmaßnahmen in der Gemeinde Friedland durchzuführen.

Frau Grabs merkte dazu an, dass die Naturschutzbehörde beteiligt war und auch die Zustimmung vorliegt, so dass eigentlich schon konkretere Aussagen getroffen werden können.

Herr Fuls erwiderte, diese konkreten Aussagen werden mit dem Baubeschluss zum entsprechenden Planungsstand getroffen. Dies bestätigte auch Herr Schneider.

Herr Wende bestätigte ebenfalls diese Verfahrensweise der Grundsatz- und Baubeschlüsse.

Herr Fuls führte noch an, dass im Rahmen der Vorplanung Varianten erarbeitet werden, aus denen sich auch unterschiedliche Notwendigkeiten von Ausgleichsmaßnahmen ergeben können. Mit dem Baubeschluss liegt die Entwurfsplanung vor und die zu bauende Variante steht fest und damit auch die folgenden Ausgleichsmaßnahmen.

einstimmig zugestimmt

Ja 7 Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6715, Abschnitt 030, OD Beeskow.BE: Dezernat III/Amt 65 - SG KIS
Vorlage: 048/2020**

Herr Fuls erläuterte die Beschlussvorlage.

Es gab keine Nachfragen.

einstimmig zugestimmt

Ja 6 Enthaltung 1

**Zu TOP 12 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Oder-Spree-Tour“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree BE: Dezernat III/Amt 65 - SG KIS
Vorlage: 051/2020**

Auch diese Beschlussvorlage erläuterte Herr Fuls

Herr Schneider verwies auf die korrigierten Seiten 1 und 2 zu der Beschlussvorlage.

Herr Mangelsdorf fragte nach, wie bei den Abschnitten verfahren wird, die sich in einem guten Zustand befinden.

Herr Fuls antwortete dazu, dass von den Kommunen Bedarfe angemeldet wurden, diese wurden bewertet, Begehungen durchgeführt. Ca. 40 % der Strecke bleiben erhalten.

Herr Kahlisch fragte nach, wie die Ausführung im süd-östlichen Bereich, im Bereich des Oder-Neiße-Radweges erfolgt.

Herr Fuls antwortete dazu. Bestimmte Bereiche sind per Definition den Radwegen zugeordnet. Im genannten Bereich sind die Radwege per Definition der Oder-Spree-Radtour zugeordnet und damit der Bausträgerschaft der Kommune. Es gibt Abschnitt mit 3facher Nutzung.

Herr Kahlisch bezweifelte, dass auf dem Deichverteidigungsweg sicher keine Baumaßnahmen ausgeführt werden können, da dieser Bereich sich im Zuständigkeitsbereich des Landesumweltamtes befindet.

Dies bestätigte Herr Fuls. Der Bedarf wurde aufgenommen und der Landkreis befindet sich in Abstimmung mit dem Landesumweltamt, der Bereich müsste in Baulaststrägerschaft der Stadt Eisenhüttenstadt und der Gemeinde Brieskow-Finkenheerd übergehen. Es gibt wahrscheinlich Bereiche, die nicht modernisiert werden können, wenn es keine entsprechende Einigung und Vereinbarung mit dem Landesumweltamt gibt.

Herr Gehm ergänzte. Es gab auch in diesem Jahr eine Deichschau. Es gibt Fahrradwege auf dem Deichverteidigungsweg und auch neben dem Deichverteidigungsweg. Es besteht schon längere Zeit das Interesse, Radwege im Bereich Eisenhüttenstadt in die Trägerschaft der Stadt zu übernehmen. Im Rahmen der geplanten Modernisierungsmaßnahmen unterstützt der Landkreis die Stadt bei den Verhandlungen mit dem Landesumweltamt.

einstimmig zugestimmt

Ja 7 Enthaltung 1

**Zu TOP 13 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Modernisierung des Fernradweges „Tour Brandenburg“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree BE: Dezernat III/Amt 65 - SG KIS
Vorlage: 052/2020**

Die Beschlussvorlage erläuterte Herr Fuls.

Es gab keine Nachfragen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Nachhaltiges Bauen - Anwendung Leitfaden Nachhaltiges Bauen und Zertifizierung nach dem BNB-System im Landkreis Oder-Spree und Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den LOS BE: Dezernat III/Amt 65
Vorlage: 050/2020**

Herr Fuls erläuterte die Vorgehensweise.

Die Präsentation zur Nachhaltigkeit wurde in der Verwaltungskonferenz vorgestellt und es erging der Beschluss und die Zustimmung zur Erarbeitung eines Nachhaltigkeitskonzeptes. Für die Erstellung des Konzeptes für die gesamte Kreisverwaltung ist die Kapazität des Amtes für Infrastruktur und Gebäudemanagement nicht ausgelegt. In Abstimmung mit der Verwaltungsleitung wurde die Aufgabe zweigeteilt.

In den ersten Schritten wird das Nachhaltigkeitskonzept für den Bereich Hochbau erarbeitet.

Für die Straßenbauarbeiten wird eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und auch bei Medien beachtet.

Bis zum II. Quartal 2021 soll ein Gesamtkonzept für den Landkreis unter Federführung des Klimaschutzbeauftragten erarbeitet werden.

Herr Schneider begrüßte die gesonderte Regelung für Bauvorhaben ab 500 T€, um die Beteiligung mittelständischer Unternehmen aus der Region zu ermöglichen.

Frau Grabs gab einen Änderungsvorschlag zum Pkt. 4. Dieser Punkt sollte gestrichen werden, der Beschluss von 2015 sollte als Ergänzung erhalten bleiben. Ansonsten wären Vorhaben unter einer Bausumme von 1,5 Mio Euro davon nicht mehr betroffen. Die beiden Beschlüsse behindern sich nicht, sondern ergänzen sich. Im Beschluss von 2015, Frau Grabs hätte ihn vorliegen, wurde festgelegt, Solarenergie nur bei entsprechender Wirtschaftlichkeit auszubauen. In der Anlehnung an die Silber-Zertifizierung ist der Ausbau von ökologischen Dächern (erneuerbare Energien, Gründächern) nicht obligatorisch. Es wäre eine Abschwächung der damaligen

Festlegungen.

Herr Schneider regte daraufhin an, über die 5 Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abzustimmen. Dem stimmten die Abgeordneten zu.

Frau Kaethner bat um die Verlesung des Beschlusses aus dem Jahr 2015. Weiterhin erwähnte sie die Beratung im Landwirtschaftsausschuss bezüglich der Evaluierung von 2 Jahren und fragte nach, ob dieser Punkt in den Beschlussvorschlag aufgenommen wird, ansonsten beantragt Frau Kaethner die Aufnahme der Ergänzung.

Herr Fuls bestätigte, dass die Evaluierung in den Kreistagsbeschluss aufgenommen wird.

Herr Kramer fragte nach, ob die Kostengruppe 500 Bestandteil der angedachten Bausumme von 1,5 Mio € ist, wie die Überwachung erfolgen soll, ob eigene Koordinatoren vorgesehen sind, und ob das internetgestützte Bewertungssystem angewendet werden soll.

Herr Fuls antwortete dazu. Es wird mit externer Unterstützung gearbeitet, die zusätzliche Überwachung ist Bestandteil der Mehrkosten bei der Zertifizierung des Bauvorhabens. Die Online-Version wird natürlich verwendet.

Es wird gegenwärtig von Gesamtkosten ausgegangen, da die Kosten für die Außenanlagen prozentual nicht so hoch sind. Man könnte aber darüber nachdenken.

Herr Fuls plädierte für einen Gesamtbeschluss. Mit der Formulierung „für alle anderen Hochbauvorhaben ab 500 T€ erfolgt die Anwendung des Leitfadens ...sinngemäß“ ist die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit abgedeckt und beinhaltet auch die Vorgaben des alten Beschlusses. Frau Grabs verlas den damaligen Beschluss. Seit 2015 war dieser Beschluss das größte Zugeständnis des Landkreises im Bereich Klimaschutz. Bei allen Neubauten seit dieser Zeit erfolgten die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und diese fielen positiv aus. Bei der Beachtung ökologischer Vorgaben bei Neubauten müsste auch die Verwendung erneuerbarer Energiequellen mit betrachtet werden.

Herr Schneider bemerkte auf Grund der Aussagen von Herrn Fuls, dass die Nachhaltigkeit bei Baumaßnahmen die Vorgaben des ökologischen Bauens mit beinhaltet und der Vorschlag zur Aufhebung des Beschlusses aus 2015 darauf basiert.

In Abstimmung mit Herrn Fuls wird die Evaluierung in den Punkt 1 mit folgendem Wortlaut aufgenommen: Nach einer Pilotphase von 2 Jahren erfolgt eine Evaluierung.

Frau Kaethner fragte nach, worauf sich die 2 Jahre beziehen sollen.

Herr Schneider antwortete, die Evaluierung bezieht sich auf den Inhalt des Punktes 1 des Beschlussvorschlages.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages.

Punkt 1 bis 3 einstimmig zugestimmt

Punkt 4: 6 Zustimmungen und 2 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 15 Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für
das Jahr 2021
Vorlage: 035/2020**

Herr Schneider benannte die Termine der Ausschusssitzung.

Herr Wende regte an, die Kurzbezeichnung des Ausschusses dem Namen anzupassen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 16 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Folgende Vorschläge wurden benannt:

Herr Wende – Im Rahmen des Bürgerhaushaltes der Stadt Fürstenwalde werden verschiedenen Begehren eingereicht, die nicht alle in den Bereich der Stadt fallen, sondern auch den Landkreis betreffen. Könnten die Kommunen nicht die Begehren, die den Landkreis betreffen, diesem melden und in den entsprechenden Fachausschüssen vorstellen?

Herr Kahlisch bat um eine Information zu den geplanten Herabstufungen von Landesstraßen.
Herr Fuls würde mit dem Protokoll eine Adresse des Landes benennen,
(<https://mil.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c150034.de>) unter der die Vorstellungen einsehbar sind.

Herr Kaufmann – Informationen zum Busverkehr/Pendelverkehr der südlichen Randgemeinden des Landkreises – gehört nicht in diesen Ausschuss.

Herr Schneider verwies darauf, dass auch über das Büro Kreistag Vorschläge eingereicht werden können.

zur Kenntnis genommen

Achim Schneider
Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Ordnung
und Umwelt

Andrea Wickfelder / Carina Kuhnert
Schriftführerinnen